



BayDV

Vereinigung der
Direktorinnen & Direktoren
der Bayerischen Gymnasien e.V.

Bruckmühl, 2. Mai 2019

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachdem im Januar und Februar der Eröffnungsmarathon im Rahmen der Dienstlichen Beurteilung einen Großteil unserer Arbeitskraft gebunden hat, stehen nun die Abiturprüfungen und die Personalplanung vor der Tür. Die Vielzahl der in den letzten Jahren massiv angewachsenen Aufgaben lässt uns kaum Zeit, nachhaltige Überlegungen zur Schulentwicklung anzustellen, ebenso wie zu Themen wie Digitalisierung, Verbesserung der Qualitätsstandards an der Schule, nicht zu vergessen die zahlreichen Projekte und Konzepte, mit deren Erarbeitung und Umsetzung wir in den letzten Jahren vom Staatsministerium beauftragt wurden. Folgende Punkte beschäftigen derzeit den Landesvorstand der BayDV besonders intensiv:

Neues Schulfach „Alltagskompetenz und Lebensökonomie“

Das geplante Volksbegehren zur Rettung der Bienen hat der Bayerischen Staatsregierung offenbar den Anstoß gegeben für ein großes Gesetzespaket für Artenschutz und Landwirtschaft – ein sog. Versöhnungsgesetz. Es soll Anfang Mai im Landtag eingebracht werden. Im Rahmen dessen soll für alle Schularten möglichst schnell ein neues Schulfach „Alltagskompetenz und Lebensökonomie“ eingeführt werden. Ziel ist, das Verständnis für Artenschutz und Landwirtschaft stärker bei der jungen Generation zu verankern.

Ich halte Überlegungen in dieser Form gerade im Hinblick auf das bayerische Gymnasium für höchst bedenklich. Offenbar will man hier ohne Beteiligung der eigentlich Betroffenen, insbesondere der Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Eltern und Schulleitungen erneut einen Erziehungsauftrag vom Elternhaus auf die Schule übertragen. Und dies in einer überstürzten Art und Weise, die an die Einführung des G8 erinnert. Wird in Zukunft die Bewältigung des Alltags für unsere Schülerinnen und Schüler am Gymnasium als wichtiger erachtet als die wissenschaftspropädeutische Ausbildung für ein späteres Studium? Es ist ein Irrtum zu glauben, dass die Schule alleine all die Zukunftsaufgaben einschließlich Digitalisierung, politische Bildung und nicht zuletzt die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf eine sich rasant ändernde Lebens- und Arbeitswelt leisten kann und muss. Nicht zuletzt würde die Einführung eines neuen Fachs die Diskussionen um die Studententafel erneut entfachen und den mühsam gefundenen Kompromiss in Frage stellen.

„Fridays for Future“

Die freitäglichen Schülerdemos für den Klimaschutz haben die Schulleiterinnen und Schulleiter in der letzten Zeit in nicht unerheblichem Maße bewegt. Die politische Spitze und das Kultusministerium verzichteten bisher auf genauere Regelungen und Vorgaben, wie mit streikenden Schülerinnen und Schülern umzugehen sei, die dem Unterricht unentschuldig fernbleiben. Dies ist im Prinzip zu begrüßen, weil sich die Situation vor Ort oftmals unterschiedlich darstellt. Das Bayerische Unterrichts- und Erziehungsgesetz gilt nach wie vor unverändert. Die Verantwortung sollte letztlich bei den einzelnen Schulleitungen liegen, die in den letzten Wochen mehrfach bewiesen haben, dass sie mit Überzeugungskraft und Augenmaß diese doch nicht immer einfache Situation meistern können. Es handelt sich ja um ein klassisches Dilemma: Man kann in diesem Fall nicht alle gesetzlichen Vorgaben erfüllen und gleichzeitig „richtig“ handeln. Dass die Medien in ihrer Berichterstattung weniger die inhaltlichen

Forderungen der protestierenden Schülerinnen und Schüler im Blick haben, sondern eher die Reaktionen der Schulleitungen einschließlich der Kritik an bestimmten gerechtfertigten Sanktionen, macht die Sache nicht einfacher. Offenbar gibt es hier auch Unterschiede zwischen Stadt und Land und ebenso hinsichtlich der Haltung der Eltern zur Schulpflicht ihrer Kinder. Insgesamt gesehen überwog das Lob für ein überwiegend umsichtiges Handeln der Schulleitungen deutlich gegenüber der Kritik. Wie es nun weitergehen soll, weiß keiner so richtig. Sollten die Proteste während der Schulzeit nicht aufhören, muss man sich wohl was einfallen lassen. Auf jeden Fall kann man sich über ein ehrlich gemeintes Engagement von Seiten der Schülerinnen und Schüler im Hinblick auf politische Bildung, Ökologie sowie Klima- und Artenschutz eigentlich nicht beschweren, schon gar nicht, wenn es außerhalb der Unterrichtszeit stattfindet.

Klausurtagung in Burgthann

Der erweiterte Landesvorstand der Bayerischen Direktorenvereinigung traf sich Ende Februar im mittelfränkischen Burgthann zu einer Klausurtagung, um sich intensiv über aktuelle Themen auszutauschen sowie über zukünftige Entwicklungen im Hinblick auf das bayerische Gymnasium zu diskutieren. Als immer wieder gern gesehener Gast konnten wir den Leiter der Gymnasialabteilung im Staatsministerium, Herrn Ministerialdirigent Adolf Präbst, begrüßen. Knappe vier Stunden haben wir uns Zeit genommen, um über die Zukunft des bayerischen Gymnasiums, über Personalversorgung, Personalplanung und Personalentwicklung sowie über aktuelle Themen aus dem Kultusministerium zu diskutieren. Außerdem hat Herr Präbst zu unseren Anträgen, die im vergangenen November auf der Hauptversammlung im unterfränkischen Veitshöchheim verabschiedet wurden, umfassend Stellung genommen. Die intensive Aussprache war geprägt von großer Offenheit und gegenseitigem Vertrauen. Abschließend betonte Herr Präbst die sehr gute konstruktive Zusammenarbeit und die positive Rolle der BayDV bei der Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums.

Anträge der Hauptversammlung in Veitshöchheim

Insgesamt wurden die Anträge der Hauptversammlung von Herrn Präbst als nachvollziehbare und konstruktive Beiträge zur Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums sowie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen kommentiert. Auch wenn nicht alle Forderungen erfüllt werden könnten, zeigte er bei einigen Punkten Entgegenkommen und skizzierte mögliche zukünftige Verbesserungen:

- Was die BayDV seit vielen Jahren fordert, wird nun zum Teil umgesetzt: Die Schulsozialarbeit wird mit insgesamt 220 neuen Stellen über einen Zeitraum von 5 Jahren für alle Schularten aufgewertet.
- Auch die Anrechnungsstunden für die Schulpsychologie werden in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöht.
- Ein Einstieg in eine Höhergruppierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Schulsekretariaten ist im nächsten Doppelhaushalt vorgesehen.
- Die Mittel, die am Ende des vergangenen Schuljahrs den Gymnasien als Ersatz für die Kosten aus dem Grundschulbereich zur Verfügung gestellt wurden, sollen wenigstens zum Teil auch im kommenden Schuljahr erhalten bleiben.
- Formulare zur Unterstützung für Datenschutzverfahren an Schulen werden derzeit zentral erarbeitet und anschließend den Schulen zur Verfügung gestellt.
- Als ein Erfolg für die Forderungen der BayDV ist die Erhöhung des allgemeinen Etats für Reisekosten ab 2020 um 20 % zu werten; ab 2019 soll dann auch ein Einstieg in die Finanzierung internationaler Schüleraustauschprogramme erfolgen.
- Mehrere Anträge der Hauptversammlung würden in der Konsequenz zu einer Stellenmehrung führen, die aber aufgrund der Stellenfestlegung im Doppelhaushalt kaum umzusetzen ist. Herr Präbst nannte als Beispiele Anträge zu Anrechnungen für Digitalisierung, Systembetreuung (ASV), Seminarvorstände usw. Diese Forderungen seien zwar größtenteils nachvollziehbar, würden aber nur zu einer Umverteilung innerhalb des gymnasialen Budgets führen.

- Zum Thema Digitalisierung sei das KM in schwierigen Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden, um die Rolle der Sachaufwandsträger vor allem im Bereich des technischen Supports zu klären.
- Zurzeit sieht das KM kaum Möglichkeiten, die Kürzungen von Anrechnungen an Seminarschulen zurückzunehmen, es gibt aber Überlegungen, mittelfristig den eigenverantwortlichen Unterricht der Referendare im 3. Ausbildungsabschnitt aufzuheben.
- Eine Entzerrung der Termindichte im Frühjahr (Anmeldung, Probeunterricht, Abiturprüfungen) wurde geprüft, ist aber nicht möglich, auch weil wegen der zukünftigen Angleichung an bundesweite Abiturtermine die Flexibilität bei den Abiturprüfungsterminen in Bayern stark eingeschränkt ist.

Mehrmals versicherte Herr Präbst, dass er sich der angespannten Arbeitssituation in vielen Schulleitungen sehr wohl bewusst ist. Gleichzeitig betonte er seine Wertschätzung gegenüber den Direktorinnen und Direktoren der bayerischen Gymnasien und sicherte Gesprächsbereitschaft und gegebenenfalls Hilfe zu, wo immer dies möglich ist.

Gespräch mit den Personalmitarbeitern im KM

Am 1. April traf sich der Landesvorstand mit Herrn Ministerialrat Götzl, Herrn Studiendirektor Sienz und den Personalmitarbeitern in der Gymnasialabteilung. Ziel des Gesprächs war es, gegenseitiges Vertrauen auf- und auszubauen, um Personalplanung und Personalversorgung als gemeinsame Aufgabe von Ministerium und Schule weiterzuentwickeln. Die anstehenden Herausforderungen in den kommenden Schuljahren in Bezug auf Personalgewinnung, Abwendung von ausfallendem Unterricht und vorausschauende Personalpolitik können nur mit gemeinsamen Anstrengungen gemeistert werden. In Zeiten zurückgehender Referendarzahlen und im Hinblick auf den stark steigenden Personalbedarf nach dem Aufwachsen des neunjährigen Gymnasiums wäre es angebracht, mehr Planstellen für gut ausgebildete Lehramtsanwärter zu schaffen, anstatt die Schulen mit immer mehr T-Mitteln zu überschütten. Schon im Februar dieses Jahres zeigte es sich, dass sich auch nach Zuweisung ausreichender Mittel die Suche nach Aushilfsnehmern äußerst schwierig gestaltete und oft erfolglos war. Teilzeiterhöhungen und Mehrarbeit für die Kolleginnen und Kollegen waren vielfach die Folge. In Zukunft muss unbedingt verhindert werden, dass bestens qualifizierte bayerische Bewerber in andere Bundesländer abwandern oder sich nach der Ausbildung nicht für den Lehrerberuf entscheiden, nur weil man ihnen nicht rechtzeitig eine Planstelle angeboten hat. Die sehr anspruchsvolle und komplexe Arbeit der Personalreferate hat unseren größten Respekt verdient. Bei allem Verständnis für Zeitdruck, Sachzwänge und der großen Zahl an Bewerbern insgesamt erscheint es aber heute umso wichtiger, frühzeitig Informationen auszutauschen und möglichst transparent miteinander zu kommunizieren. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie, auch das Feld „Bemerkungen“ bei den Personalanforderungen zu nutzen, um dem KM wichtige Informationen zukommen zu lassen. Auch zusätzliche E-Mails, die Ihre längerfristigen Überlegungen zur Personalplanung oder auch besonders kritische Situationen vor Ort in einzelnen Fächern deutlich machen, werden von den Personalmitarbeitern wohlwollend zur Kenntnis genommen und in die Zuweisungsplanungen mit einbezogen. Wie Sie im KMS zur Personalplanung sicher schon gesehen haben, teilt auf unseren Wunsch hin das KM jetzt die Zahl der potenziell zur Verfügung stehenden Bewerber des laufenden Jahrgangs mit ihren Fächerverbindungen mit. So könnte in Zukunft eine zielgerichtetere Anforderung möglich sein. Des Weiteren wurde uns in Aussicht gestellt, dass wir einen Teil der T-Mittel bereits Anfang Juli an bewährte Lehrkräfte vor Ort vergeben können und nicht mehr bis zur endgültigen Zuweisung Ende Juli warten müssen. Die Personalmitarbeiter unter dem zukünftigen Referatsleiter, Herrn Sienz, sind durchaus an einer intensiveren Zusammenarbeit mit den Direktorinnen und Direktoren interessiert, bitten aber darum, bei den Personalanforderungen die realistischen Möglichkeiten zu bedenken und z.B. nicht nur Planstellen anzufordern. Wie sich die geplanten Entfristungen von langjährigen Aushilfsnehmern mit voller Lehramtsbefähigung auf die Einstellung am Gymnasium auswirken werden, war zum Zeitpunkt des Gesprächs noch nicht klar.

Digitalisierung und kein Ende

Da das Thema Digitalisierung nach Abschluss des Bildungspakts in Berlin wieder neu an Fahrt gewinnt, hat sich der Landesvorstand auch mit dieser Thematik erneut intensiv auseinandergesetzt. In den nächsten Jahren sollen die Schulen mit digitalen Medien ausgestattet werden. Wieder einmal scheint der Zeitdruck groß zu sein, wenn man von dem angekündigten Geldsegen profitieren will. Dabei sind viele der Fragen, die in der Vergangenheit immer wieder gestellt wurden, noch nicht abschließend beantwortet.

Im Bereich Ressourcen/Personal fordert die BayDV schon seit längerem folgende Unterstützungsmaßnahmen:

- Übernahme der technischen Betreuung durch Experten,
- Aktualisierung der Aufgabenbeschreibung des Systembetreuers,
- gesicherte qualitätsvolle Fortbildung und Beratung der Lehrer,
- Anrechnungen für die pädagogische Umsetzung.

Beim Thema Rechtssicherheit ist eine Klärung hinsichtlich der Bereiche Datenschutz und Persönlichkeitsrechte gerade im Hinblick auf die Aufsichtspflicht der Schule dringend erforderlich. Es muss klar geregelt sein, wie in Zukunft digitale Lehrwerke sowie Apps und andere digitale Hilfsmittel problemlos und rechtssicher in den Unterricht integriert werden können. Zudem ist eine klare Festlegung zentraler Inhalte von digitaler Bildung im neuen G9-Lehrplan gerade im Hinblick auf die Oberstufe unabdingbar.

Demnächst sollen konkrete Schritte zur Umsetzung des Masterplans Bayern Digital II erfolgen. Wie die zugesicherten Bundesmittel mit einberechnet werden, ist noch nicht bekannt. Der jeweilige Sachaufwandsträger soll entsprechend den Medienkonzepten der einzelnen Schulen die Mittel verteilen. Jede Schule muss hier aber auch von sich aus aktiv werden. Die BayDV erwartet eine zuverlässige und professionelle Umsetzung der jeweiligen Medienkonzepte. Dabei gelten nach wie vor folgende Bedingungen und Forderungen:

- Voraussetzung ist eine zentrale Vorgabe bezüglich der Leistungsfähigkeit des Internetanschlusses.
- An den im Votum des ISB-Beraterkreises genannten Empfehlungen kann man sich orientieren. Die dort gemachten Forderungen können Grundlage für die Diskussion mit den Sachaufwandsträgern sein.
- Von Seiten des Sachaufwandsträgers muss ein externer IT-Systembetreuer den Schulen zur Verfügung gestellt werden, der den schulinternen Systembetreuer bei Hardware-Fragen und der Administration des Schulnetzes unterstützt.
- Laufende Kosten des technischen Betriebs müssen vom Sachaufwandsträger berücksichtigt bzw. übernommen werden, ebenso die Wartung, Reparatur und Erneuerung der Hardware.
- Der Dienstherr muss finanzielle und zeitliche Ressourcen für ein grundlegendes Training und eine kontinuierliche Fortbildung aller Lehrkräfte einer Schule bereitstellen (z.B. auch von Medienpädagogen).
- Die Schulen erwarten eine zeitnahe Umsetzung von bereits erstellten Medienkonzepten, die Einrichtung eines Best-Practice-Austauschs sowie eine individuelle Beratung an der Schule vor Ort ebenso wie eine umgehende Schulung und Unterstützung in rechtlichen Fragen zur Nutzung von Hard- und Software (Medienrecht, Urheberrecht, Cloud-Nutzung etc.).
- Für neue Kommunikations- und Informationsstrukturen im Rahmen der Digitalisierungsoffensive müssen den Schulen ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Die digitale Transformation vollzieht sich in allen Bereichen der Gesellschaft. Schule kann daher nur im engen Kontakt mit dem Elternhaus und im Konsens mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen agieren. Gegenseitiger Respekt, ethisch verantwortlicher Umgang miteinander

sowie eine ganzheitliche Betrachtung des Bildungsauftrags von Schule sind hier Voraussetzung. Insgesamt gesehen muss der pädagogische Mehrwert von digitaler Transformation stets Priorität haben vor einem hektischen, unreflektierten Aufrüsten mit digitaler Hard- und Software.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sie haben sicher auch immer wieder den Eindruck, dass Sie ein Etappenziel erreicht haben, aber der mit Abstand größte Teil des Wegs mit neuen Zielen und neuen Herausforderungen noch vor Ihnen liegt. Gelegentlich verliert man sein Ziel fast aus dem Blick, weil der Weg zum Ziel endlos weit erscheint. Deshalb sind die einzelnen positiven Schritte, die wir erfolgreich gemacht haben, auch so wichtig. Das Gewachsene und Erprobte verbindet sich idealerweise mit dem Neuen. Dies ist eine der Stärken unseres bayerischen Gymnasiums. Der Blick nach vorne sollte uns ermutigen, mit der Vergangenheit im Rücken unseren Weg zu gehen, oder wie es der französische Staatsmann Charles Maurice Talleyrand ausdrückte: „Man muss die Zukunft im Sinn haben und die Vergangenheit in den Akten.“

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihrer Schule eine erfolgreiche Abiturprüfung 2019 mit möglichst wenig Überraschungen und dem guten Gefühl, vielen jungen Menschen die Tür für eine hoffnungsvolle Zukunft geöffnet zu haben.

Mit besten Grüßen

Ihr
Walter Baier
Landesvorsitzender